



Antrag-Nr. VII-A-07650

Status: öffentlich

Eingereicht von:
AfD-Fraktion

Stammbaum:
VII-A-07650 AfD-Fraktion

Betreff:
Photovoltaik-Ausbau Leipzigs frei von Zwangsarbeit

Beratungsfolge (Änderungen vorbehalten):
Gremium

Voraussichtlicher
Sitzungstermin

Zuständigkeit

Ratsversammlung
FA Stadtentwicklung und Bau
FA Umwelt, Klima und Ordnung
FA Wirtschaft, Arbeit und Digitales

14.09.2022
20.09.2022
27.09.2022
20.09.2022

Verweisung in die
Gremien
1. Lesung
1. Lesung
1. Lesung

Beschlussvorschlag

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. Sicherzustellen, dass auf öffentlichen Gebäuden der Ausbau mit Photovoltaik nur erfolgt mit Anlagen und deren Bestandteilen, bei denen zweifelsfrei Zwangsarbeit oder andere Formen von nicht freiwilliger Tätigkeit im gesamten Produktionsprozess ausgeschlossen werden können.
2. Auf die Stadtwerke Leipzig einzuwirken, dass für die zukünftig geplanten Solarparks Investitionen in Photovoltaik u.ä. der SWL nur mit Anlagen und Bestandteilen erfolgen, bei denen zweifelsfrei Zwangsarbeit oder andere Formen von nicht freiwilliger Tätigkeit im gesamten Produktionsprozess ausgeschlossen werden können.
3. Zu prüfen und dem Stadtrat im I. Quartal 2023 zu berichten, inwieweit die ambitionierten Pläne Leipzigs in punkto Photovoltaik-Ausbau mit heimischen oder europäischen Produkten realisierbar sind.

Sachverhalt

Der Leipziger Stadtrat und die Stadtwerke Leipzig haben für Leipzig ambitionierte Pläne, was den Ausbau mit Photovoltaik-Anlagen (PV) betrifft. Deutsche oder europäische Solarbauteile gibt es kaum noch, mehr als 80 Prozent der Bauteile kommen heute aus der Volksrepublik China. Viele Module, die in Deutschland verbaut werden, dürften deshalb Polysilizium aus der Provinz Xinjiang enthalten. Laut Experten „...steckt in unseren Solarbauteilen potentielle Zwangsarbeit“¹. Denn China dominiert inzwischen nicht nur die Herstellung von Polysilizium,

¹ Vgl. [Chinas Uiguren-Provinz: In Solarzellen steckt potentielle Zwangsarbeit \(faz.net\)](#) (Zugriffsdatum: 08.09.2022)

sondern die gesamte Produktionskette bis hin zu den Panels. Die USA haben daher zwischenzeitlich ein Gesetz erlassen, welches den Import von Polysilizium aus der chinesischen Provinz Xinjiang verbietet. Die EU fordert ähnliche, eigene Einfuhrverbote. Es besteht offenbar dringender Handlungsbedarf. Offensichtlich fördern wir mit dem Ausbau der Photovoltaik in der jetzigen Form Unterdrückung und Zwangsarbeit. Ein Umstand, dem deutlich mehr Bedeutung beigemessen werden muss und der den Leipziger Stadtrat zum Handeln veranlassen sollte.

Anlage/n
Keine